

Absender

Datum

An
Performa Nord
Schillerstr. 1
28195 Bremen

Betr.: Mein Antrag auf Neufestsetzung meiner Bezüge für Dezember 2006
Bezug: Pers.Nr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe einen Antrag auf Neufestsetzung meiner Bezüge für Dezember 2006 gestellt, über den im Hinblick auf die Durchführung mehrerer beim Verwaltungsgericht Bremen anhängiger Musterverfahren noch nicht entschieden worden ist.

Aufgrund des zwischenzeitlich ergangenen Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 20.03.2008 (2 C 49.07) und eines entsprechenden Hinweises des Verwaltungsgerichts Bremen in den dort anhängigen Musterverfahren stelle ich meinen Antrag um. Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts kann der Alimentationsanspruch eines Beamten nur dadurch geltend gemacht werden, dass die Feststellung begehrt wird, das Nettoeinkommen sei verfassungswidrig zu niedrig bemessen. Dieses gilt entsprechend für Richter. Ein solches Feststellungsbegehren mache ich hiermit gegen meinen Dienstherrn geltend.

Festzustellen ist, dass meine Gesamtalimentation seit dem Jahre 2006 verfassungswidrig zu niedrig bemessen ist. Ich beantrage daher, mir für das Jahr 2006 und Folgejahre wieder eine Besoldung entsprechend den grundgesetzlichen Vorgaben des Art. 33 Abs. 5 GG zu gewähren. Ausdrücklich stelle ich klar, dass sich dieses Begehren auch auf das laufende Jahr bezieht.

Dass die Höhe der derzeitigen R-Besoldung in Deutschland nicht mehr den grundgesetzlichen Anforderungen entspricht und daher verfassungswidrig ist, haben der Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen (BDVR) und der Deutsche Richterbund (DRB) in einem gemeinsamen Positionspapier zur Besoldung und Versorgung der Richter und Staatsanwälte vom August 2008 zum Ausdruck gebracht. Zur Begründung der Verfassungswidrigkeit wird auf dieses Positionspapier sowie die zugrunde liegenden Materialien, insbesondere auf die von einer Arbeitsgruppe des BDVR erstellte Dokumentation zur Richterbesoldung und -versorgung und das im Auftrag des DRB erstellte Gutachten der unabhängigen Unternehmensberatung Kienbaum verwiesen. Sämtliche Texte sind über die Homepages der beiden Verbände www.drj.de und www.bdvr.de zugänglich. Da sich die Besoldungssituation seit dem Jahr 2006 nicht nennenswert verbessert hat, insbesondere die zahlreichen Einschnitte und ungenügenden Anpassungen im Besoldungsbereich nicht annähernd ausgeglichen wurden, mache ich auch für die Folgejahre den mir zustehenden Anspruch auf eine amtsangemessene Besoldung geltend.

Ich bitte über meinen Antrag in der nunmehr umgestellten Fassung zu entscheiden. Es besteht weiterhin mein Einverständnis, dass über meinen – umgestellten – Antrag erst nach Durchführung der Musterverfahren entschieden wird, wenn auf die Verjährungseinrede weiterhin verzichtet wird. Insofern bitte ich um ergänzende Bestätigung.

Mit freundlichen Grüßen